

Obmännerkonferenz. Die Obmännerkonferenz beschäftigte sich in ihrer heute unter Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner abgehaltenen Sitzung eingehend mit der Frage der Deckung der Mehrauslagen, welche der Gemeinde Wien durch die geplanten Zuwendungen an die Beamten, Lehrer und sonstigen Angestellten der Gemeinde und durch das Mehrerfordernis für den Zinsendienst der Schatzscheine erwachsen. Da die Zuwendungen an die Angestellten rund 10 Millionen Kronen, das Verzinsungserfordernis unter Berücksichtigung der Konto Korrent-Zinsen vorläufig rund 3.5 Millionen betragen, muß für eine Mehrausgabe von rund 13.5 Millionen vorgesorgt werden. Der Magistrat hält die Deckung dieses ganzen Mehraufwandes durch neue Eingänge für notwendig, weil die bisherigen Eingänge kaum mehr zur Deckung der bisherigen Ausgaben hinreichen, derzeit infolge des Krieges auch erhebliche Einnahmen-Rückgänge eingetreten und noch zu besorgen sind und weil jene Mehreinnahmen, die sich im Laufe der Zeit ^{durch} Besserung der Verhältnisse wahrscheinlich ergeben werden, durch die inzwischen sicher zu erwartende Steigerung der Ausgaben wieder wettgemacht werden dürften. Als Deckungsmittel glaubte der Magistrat ursprünglich nur solche Einnahmequellen vorschlagen zu sollen, die ohne besondere administrative Schwierigkeiten und Kosten die notwendigen Eingänge zu liefern geeignet sind. Als solche kamen in Betracht: Eine namhafte Erhöhung des Gemeindeguschlages zur Erwerbsteuer der rechnungslegenden Unternehmungen, eine Erhöhung der Landes-Bieranfrage, der kommunalen Abgabe für gebrannte geistige Flüssigkeiten und der Straßenbahntarife. Es hat sich aber schon bei den Vorbesprechungen gezeigt, daß diese Vorschläge auf gewisse Schwierigkeiten stoßen. Namentlich die Erhöhung des Zuschlages zur Erwerbsteuer der rechnungslegenden Unternehmungen erwies sich in der geplanten Höhe (von 27 auf 37 %) nicht durchführbar und war nach den Erklärungen der Regierung nur in Verbindung mit einer Erhöhung der Zuschläge zu den übrigen direkten Steuern mit Ausnahme der Hauszinssteuer und der Erwerbsteuer 3. und 4. Klasse möglich.

Eine Erhöhung der Zuschläge zur Grundsteuer um 2 %, zur Besoldungs- und Rentensteuer und der Erwerbsteuer 2. Klasse um 3 %, der Erwerbsteuer 1. Klasse um 4 % und der Erwerbsteuer der rechnungslegenden Unternehmungen um 5 % würde aber nur eine Mehreinnahme von rund 2 Millionen ergeben, während bei einer 10 %igen Erhöhung des letztgenannten Zuschlages mit einer Mehreinnahme von rund 3 Millionen hätte gerechnet werden können.

Bezüglich der Erhöhung der Straßenbahntarife war ursprünglich geplant, entweder eine Erhöhung der 12 und 14 Heller Fahrpreise um je 2 Heller und der 20 Hellerpreise um 4 Heller oder aber eine Erhöhung der 12 Hellerpreise um 2 Heller, im übrigen aber einen Einheitspreis von 20 Hellern einzuführen. Bei beiden Vorschlägen war

selbstverständlich auch eine entsprechende Erhöhung der Monatskarten und Einführung von Streckenkarten in Aussicht genommen. Beide Vorschläge würden eine Mehreinnahme von 7 bis 8 Millionen Kronen ergeben haben. Wenn aber den Wünschen nach Belassung des 12 Heller-tarifes und nach einer Erhöhung der 14 und 20 Hellerkarten um nur je 2 Heller Rechnung getragen werden sollte, unter gleichzeitiger Einführung von Streckenkarten, könnte nur mit einer Einnahme von rund 4 Millionen Kronen gerechnet werden, wovon jedoch ein namhafter Teil für die Kriegszulagen der Angestellten der Straßenbahnen zur Verwendung kommt. Es mußte daher für den Fall, daß der letztere Vorschlag angenommen werden sollte, an weitere Einnahmequellen gedacht werden.

Als solche wurden zunächst die Einführung der schon vor Kriegsbeginn geplanten Bodenwertzuwachs- und Lastbarkeitssteuern ins Auge gefaßt, deren Erträgnis mit einiger Wahrscheinlichkeit mit je 1 Million eingeschätzt werden kann. Ferner eine Erhöhung des 40 %igen Armenfonds-Zuschlages zur ~~W~~totalisatorsteuer, der in den letzten Jahren vor dem Kriege rund 650.000 K getragen hatte und eine Plakatsteuer, über deren Form und Erträgnis allerdings bisher Klarheit nicht gewonnen werden konnte. Da aber das Erträgnis aller dieser neuen Steuern zur Deckung der Mehrauslagen noch nicht hinreicht, wurde noch untersucht, in wieferne auch die übrigen städtischen Unternehmungen weiter herangezogen werden könnten.

Was zunächst die Gaswerke betrifft, stehen einer Erhöhung der Gaspreise insofern schwere Bedenken entgegen, als fast zwei Drittel der Gasabgabe für Heizzwecke erfolgt, eine Preiserhöhung aber die Entwicklung der Heizgasabgabe, in welcher die Zukunft des Gaswerkes liegt, antreiben könnte und insbesondere auch jene Gewerbetreibenden schwer treffen würde, die in den letzten Jahren in immer steigendem Maße Gas als Wärme- und Kraftquelle in Verwendung genommen haben. Eine Erhöhung der Gaspreise bloß für Lichtzwecke würde aber die Einführung doppelter Gasmesser zur Voraussetzung haben, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen aus Mangel an Material und geschulten Kräften, nicht zu beschaffen, unter allen Umständen aber für die Gasabnehmer und für die Administration eine erhebliche Erschwerung bilden würden. Aus diesem Grunde erschien es zweckmäßig nicht die Gaspreise, sondern die Gasmesserrenten in mäßigem Umfange zu erhöhen, wobei auf die Schonung der kleineren Abnehmer und insbesondere auch der Gasautomatenkunden Rücksicht genommen werden müßte. Immerhin könnte durch eine solche Erhöhung der Gasmesserrente eine Mehreinnahme von etwa 1 1/2 Millionen erzielt werden. Ähnliche Gründe sprechen auch gegen eine Erhöhung des Preises für elektrische Energie, da schon jetzt größere Verbraucher für Licht- wie für Kraftzwecke nur durch Gewährleistung entsprechender Rabatte gewonnen werden können. Es erscheint aber auch hier möglich, durch eine

mäßige Erhöhung der Stromzählermiete eine Mehreinnahme zu erzielen. Überdies und ~~immerhin~~ könnte auch durch eine immerhin noch zulässige Verminderung der Abschreibungsprozente die Abfuhr der Elektrizitätswerke an die Gemeindekasse um etwas mehr als 1 Mill K erhöht werden.

Über diese Anträge der Aemter und Unternehmungs-Direktionen entspann sich eine eingehende vierstündige Debatte, in welcher alle Teilnehmer der Obmännerkonferenz das Wort ergriffen, um zu den Vorschlägen ~~ihre~~ Stellung zu nehmen. Die Anträge werden nunmehr in den Klubs der einzelnen Parteien geprüft und in einer Freitag, den 28. April stattfindenden Obmänner-Konferenz voraussichtlich zum Abschlusse gebracht werden.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat einen kurzen Erholungsurlaub angetreten; in seiner Abwesenheit wird Vizebürgermeister Hierhammer die Geschäfte führen.
